

Deutsche Wirtschaft für eine eigenverantwortliche Einlagensicherung in Europa

Die deutsche Wirtschaft warnt vor den destabilisierenden Wirkungen einer zentralen europäischen Einlagensicherung. Zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) plädiert der BGA sowie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) beim Sparerschutz für ein europäisches System der Eigenverantwortung. Sie haben sich zu diesem Zweck gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsverbänden in der Initiative der deutschen Wirtschaft für eine wirksame Einlagensicherung zusammengeschlossen.

Zwingende Basis, dass aus Spargeldern Mittelstandskredite werden können

Die deutsche Volkswirtschaft mit ihren vielen leistungsfähigen mittelständischen und familiengeführten Unternehmen ist in hohem Maße auf Fremdfinanzierungen durch Kreditinstitute angewiesen. Größtmögliches Vertrauen in die Sicherungssysteme ist eine zwingende Basis, dass aus Spargeldern Mittelstandskredite werden können. Nur wenn Sparerinnen und Sparer auf die uneingeschränkte Sicherheit ihrer Einlagen vertrauen können, steht dieses Kapital verlässlich und langfristig für Finanzierungszwecke zur Verfügung. Die Europäische Kommission plant jedoch, die eigenverantwortlichen Sicherungssysteme in der Eurozone in einem einzigen europäischen Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) zusammenzuführen. Das gefährdet aus Sicht der deutschen Wirtschaft die langfristige wirtschaftliche Stabilität.

Mittel zur Sicherung von Kundengeldern anzusparen, ist Teil des Vertrags zwischen Kreditinstitut und Kunde. Werden diese Mittel durch eine zentrale europäische Einlagensicherung zweckentfremdet, um Banken in Drittländern zu helfen, kann das die Bonität von Kreditinstituten erheblich beeinträchtigen. Eine solche Transferunion würde in das Vertragsverhältnis zwischen Kunde und Bank eingreifen und das Vertrauen der Einleger beschädigen.

Konsequent umsetzen, statt umverteilen!

Die deutsche Wirtschaft spricht sich dagegen aus, mögliche Unsicherheiten von Sparern von einem Land der Europäi-

schen Union in andere Länder zu exportieren – schon der Eindruck sei zu vermeiden, und zwar durch Eigenverantwortung aller Sicherungssysteme in Europa.

„Aufgrund der hohen Vernetzung mit Partnern im Inland und in ganz Europa haben unsere Unternehmen ein fundamentales Interesse an einem verlässlichen und funktionierenden Bankensektor in Deutschland und Europa. Deshalb haben wir als BGA die politischen Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors grundsätzlich mitgetragen. Dazu zählen auch einheitliche europäischen Regelungen für die Einlagensicherung. Wir sehen keinen überzeugenden Grund die nationalen Sicherungssysteme in einem einzigen europäischen Einlagensicherungssystem zusammenzuführen“, erklärte BGA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Handke.

Auch in Deutschland bestand über viele Jahre hinweg ein einheitlicher Bankenmarkt, ohne dass eine einheitliche deutsche Einlagensicherung erforderlich gewesen wäre.

Darüber hinaus gibt es zwischen den Bankensystemen der beteiligten europäischen Länder trotz gemeinsamer Bankenaufsicht und eines einheitlichen Abwicklungsregimes nach wie vor erhebliche Unterschiede hinsichtlich der finanziellen Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung. In einigen Staaten sind die Verbindungen zwischen Staatsfinanzierung und Bankbilanzen weiterhin eng. EDIS würde deshalb die angesparten Sicherungsmittel für Bankenrisiken und Fehler in der Wirtschaftspolitik einzelner Länder heranziehen. Stabile und leistungsfähige Bankensysteme würden

gezwungen, für instabile Systeme zu haften, ohne dass Einfluss auf diese Risiken genommen werden könnte. Ein solches Vorgehen lehnt die Initiative der deutschen Wirtschaft ab.

① Gemeinsame Pressemitteilung (Auszug) BGA, DSGVO, BVR, DIHK und ZDH vom 7. Juni 2016

BGA AKTUELL

Solides Wachstum trotz fehlender Dynamik der Weltwirtschaft

„Die deutschen Exporte haben im April ein grundsätzliches Wachstum hingelegt. Es mangelt aber deutlich an weltwirtschaftlicher Dynamik. Maßgebliche Stütze für das Wachstum waren und sind die EU-Länder, während die Ausfuhren in den Rest der Welt weiterhin schwächeln.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte DESTATIS die Außenhandelszahlen für April 2016 bekannt gegeben. Demnach betrug der Wert der deutschen Exporte 104,3 Milliarden Euro, ein Zuwachs von 3,8 Prozent im Vorjahresvergleich. Mit einem Warenwert von 78,7 Milliarden Euro entsprechen die deutschen Importe genau dem Vorjahresniveau. Die Außenhandelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 25,6 Milliarden Euro.

„Auch in den kommenden Monaten ist mit keiner Trendwende zu rechnen. Mit annähernd zweistelligen Zuwachsraten waren im April die EU-Länder außerhalb der Eurozone, darunter auch Großbritannien, die stärksten Wachstumsmärkte. Aber auch diese verbliebenen Wachstumsimpulse stehen derzeit unter dem Damoklesschwert eines möglichen Brexit. Daher brauchen wir dringend neue Wachstumsimpulse im Welthandel“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 9. Juni 2016

Politische Agenda des BGA-Präsidiums in Berlin

Am 20./21. Juni 2016 tagt das Präsidium der BGA in Berlin. Drei Tage vor dem Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union wird das Thema „Brexit“ eines der Schwerpunktthemen der Sitzung sein.

Neben dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und BGA-Ehrenpräsidenten Michael Fuchs, MdB, wird das Präsidium mit Dr. Peter Ammon, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Groß-

britannien, über den möglichen Ausgang des Referendums diskutieren. Die volkswirtschaftlichen Folgen eines möglichen Austritts der Engländer aus der EU wird Dr. Jörg Zeuner, Chefvolkswirt der KfW Bankengruppe, aufzeigen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Sitzung am zweiten Tag ist das Thema Verkehrspolitik. Gast der Sitzung wird Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, MdB, sein.

Im Anschluss tagt das Kuratorium des BGA. Hier verspricht der Gastreferent CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, MdB, ebenfalls einen interessanten politischen Diskurs.

Zeit für weitere politische Begegnungen und Gespräche wird es am Rande des Sommerfestes des Handels geben, welches am Abend des 20. Juni 2016 stattfindet.

[Kim Cheng]

DIGITALISIERUNG

Onlineumfrage „Digitale Transformation des Großhandels in Deutschland“

Die aktuelle Onlineumfrage zur digitalen Transformation im Großhandel wird noch bis zum **30. Juni** verlängert. Der BGA führt derzeit gemeinsam mit der Unternehmensberatung Roland Berger die Umfrage durch, die auf große Resonanz innerhalb des Großhandels stößt. Bereits knapp 300 Unternehmen beantworten den Fragebogen, der seine Teilnehmer nach Relevanz, technologischem Stand, Aufbau, Veränderungen und Auswirkungen der Digitalisierung befragt.

Der BGA bittet noch einmal Großhandelsunternehmen, ebenfalls an der Umfrage teilzunehmen. Unter folgendem Link kann der zehninütige Fragebogen abgerufen werden:

<https://survey.rolandberger.com/cgi-bin/s.app?A=QHQFitOm>

Die Ergebnisse der Studie inklusive regionaler Auswertungen und der deutschlandweite Vergleich werden Mitte Juli vorliegen.

① Bei Fragen wenden Sie sich gerne an digitalisierung@bga.de

[Meike Bährens]

BILDUNG

Weniger Kaufleute im Groß- und Außenhandel in Ausbildung

14.454 junge Menschen begannen bis zum 30.09.2015 eine Ausbildung zum Kaufmann bzw. zur Kauffrau im Groß- und

Außenhandel, rund 10 Prozent davon in der Fachrichtung Außenhandel. Das sind 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesem Beruf ist damit seit 2011 rückläufig. Dies geht aus der Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Zeitraum vom 01.10.2014 bis 30.09.2015 hervor.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellen lag mit 14.880 Stellen um 2,1 Prozent unter dem Vorjahr. Aber auch die Zahl der gemeldeten Bewerber sank auf 14.862 Bewerber bzw. um 2,9 Prozent.

Der Beruf Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel gehörte aber auch 2015 zu den 10 stärksten Ausbildungsberufen in Deutschland. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen rangierte er auf Platz 7 hinter den Berufen Kaufmann/-frau für Büromanagement, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/Verkäuferin, Kfz-Mechatroniker/-in, Industriekaufmann/-kauffrau und Medizinischer Fachangestellte/-r.

In Hamburg liegt der Beruf Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel sogar auf Rang 3 bei den Neuabschlüssen. Das ist die höchste Position im Vergleich aller Bundesländer.

Über alle drei Ausbildungsjahre hinweg befanden sich nach den letzten verfügbaren Zahlen am 31.12.2014 insgesamt 39.207 angehende Kaufleute im Groß- und Außenhandel in der Ausbildung, darunter 16.395 Frauen (ca. 42 Prozent).

In der Gesamtwirtschaft wurden zum 30.09.2015 bundesweit 522.093 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, 1.107 bzw. 0,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dies markiert einen neuen Tiefstand seit der Wiedervereinigung Deutschlands.

[Denis Henkel]

AUSSENWIRTSCHAFT

CSR-Preis der Bundesregierung: Bewerbungsfrist verlängert bis 30. Juni 2016

Zahlreiche Unternehmen traten mit der Bitte an die Bundesregierung heran, den Bewerbungszeitraum für den CSR-Preis zu verlängern. Dieser Bitte ist die Regierung nachgekommen und verlängert die Frist bis zum 30. Juni.

Mit dem CSR-Preis zeichnet die Bundesregierung Unternehmen aus, die unabhängig von Branchen und Größen, nachhaltiges Wirtschaften umsetzen oder dies zukünftig tun wollen. Bis zum 30. Juni haben Unternehmen jetzt noch die Gelegenheit, sich in einer von drei Größenkategorien zu bewerben: Kleine und mittlere Betriebe mit bis zu 249 Beschäftigten, Unternehmen mit 250 bis 999 Angestellten und Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigte.

Alle Wettbewerbsteilnehmer erhalten eine individuelle, wissenschaftlich begleitete Auswertung ihrer Nachhaltigkeitsleistungen. So können die Unternehmen klarer einschätzen, wie sie im Vergleich zu anderen abschneiden und wo ihre Verbesserungspotentiale liegen.

Erstmalig werden in diesem Jahr auch zwei Sonderpreise verliehen. Ein Sonderpreis richtet sich speziell an kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern und zeichnet die „betriebliche Integration geflüchteter Menschen“ in Praktika, Ausbildung oder Anstellung aus. Der zweite Sonderpreis „Verantwortungsvolles Lieferkettenmanagement“ prämiiert Unternehmen aus allen Größenkategorien, die ihre Lieferketten transparent, sozial fair und ökologisch verträglich gestalten.

Bei Rückfragen zum CSR-Preis wenden Sie sich bitte an Anna Peter (anna.peter@bga.de).

UMWELT UND ENERGIE

Vorschläge von Bonafè zu Abfallrahmen-, Abfallverpackungs- und Abfalldeponierichtlinie

Simona Bonafè, die Berichterstatterin im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat ihren Vorschlag zur Abfallrahmenrichtlinie, zur Verpackungen und Verpackungsabfällen sowie Abfalldeponie im Kontext mit dem Circular economy Paket veröffentlicht.

Bei der Verpackungsrichtlinie wird vor allem auf die Einhaltung der Abfallhierarchie abgestellt und entsprechende Änderungen gefordert. So wird Abfallvermeidung als effizienter denn Abfallrecyclen gesehen und Einwegverpackungen entsprechend kritisiert. Auch werden Forderungen nach Rückverfolgbarkeit laut.

In der Abfallrahmenrichtlinie werden nunmehr Lebensmittelabfälle aufgenommen. Lebensmittelabfälle sollen beim Einzelhandel, beim Konsumenten aber auch entlang der

Lieferkette verhindert werden. Mitgliedstaaten sollen deshalb dafür sorgen, dass bis 2030 der Lebensmittelabfall um 50 Prozent reduziert wird. Außerdem wird in der Abfallrahmenrichtlinie ein Indikator für Ressourceneffizienz gefordert, der bis 2018 von der Kommission vorgeschlagen werden soll.

Gleichzeitig durchzieht der Vorschlag eine Verbannung von besorgniserregenden Stoffen und deren Kontamination von Abfall. Damit werden vom Europäischen Parlament bereits die Maßnahmen zum Circular economy der Kommission in der Richtlinie zu Abfall konkretisiert. Dieser Aspekt findet sich an verschiedensten Stellen. So wird nicht nur die Reduzierung solcher Stoffe verlangt, sondern auch eine Verbesserung der Informationen darüber entlang der Lieferkette. Auch bei der Überarbeitung der Abfalldeponierichtlinie wird dies aufgegriffen.

Nach Einschätzung des BGAs zeigt die Veröffentlichung eine weitere Verschärfung. Gerade die Aufnahme der besorgniserregenden Stoffe wird weiter zu Diskussionen führen, wie mit diesen zukünftig umgegangen wird. Die alleinige Regelung in REACH und ROHS dürfte damit immer schwieriger werden. Ferner wird die Abfallrahmenrichtlinie überfrachtet, wenn ein Indikator für Ressourceneffizienz hier gefordert wird.

i Das Thema steht auf der Tagungsordnung beim nächsten Umwelt- und Energieausschuss am 22. Juni

[Michael Faber]

VGA

Persönlicher Schutz für Führungskräfte

Selten stand die Managerhaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) so im Blickpunkt der Öffentlichkeit wie zurzeit. Verschärfte Gesetzgebung sowie zahlreiche Gerichtsurteile erhöhen das Risiko der Inanspruchnahme und der persönlichen Haftung von Geschäftsführern spürbar.

Der Druck auf Unternehmensleiter wächst, sie müssen das Unternehmen erfolgreich führen und Gewinne erwirtschaften, sich dabei jedoch - bei zunehmender Komplexität von Regularien - immer in ihrem Ermessensspielraum bewegen. Zweck der D&O-Versicherung ist der Schutz des Privatvermögens des Managers durch Abwehr von ungerechtfertigten sowie Freistellung von begründeten Schadensersatzan-

sprüchen. Es gibt jedoch Konstellationen, in denen der Geschäftsführer keinen direkten Zugriff auf eine existierende D&O-Versicherung hat. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Manager nicht mehr im Unternehmen tätig ist, jedoch nach seinem Ausscheiden vom ehemaligen Arbeitgeber in Anspruch genommen wird. Unabhängig davon, ob der Deckungsumfang der Unternehmenspolice streitig ist oder man davon ausgehen muss, dass die Versicherungssumme bereits durch andere Schäden aufgebraucht wurde - eine individuelle Police bietet in jedem Fall eine zusätzliche und vor allem persönliche Absicherung.

Mit der HDI Comfort Individual verfügt die HDI Global SE über ein eigenständiges Produkt, welches dem zusätzlichen Absicherungsbedarf der Organmitglieder umfassend Rechnung trägt.

Der Vertrag wird durch die Organperson selbst geschlossen und bezahlt. Dafür stellt HDI Comfort Individual eine separate Versicherungssumme auf Basis eines eigenständigen Bedingungswerks zur Verfügung. Daher ist dieses Produkt auch für Geschäftsführer interessant, deren Arbeitgeber, wegen vermeintlich fehlendem Bedarf, keine D&O-Versicherung für Organpersonen abschließen möchte.

i Für weitere Fragen kontaktieren Sie uns jederzeit gern: VGA GmbH, Tel.-Nr. (030) 59 00 99 90 oder info@vga.de

Zitat der Woche

»Es ist schwierig, bescheiden zu sein, wenn man so großartig ist wie ich.«

Muhammad Ali (1942-2016), Boxlegende

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 15. Juni 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich